

## Petition gegen die Einführung von neuen Atomkraftförderungen

Im Wege des EU-Beihilfenrechts sollen für die Neuerrichtung von Atomkraftwerken Subventionen ermöglicht werden, die bisher nur für Erneuerbare Energien vorgesehen waren. Diese Beihilfen (EU Erneuerbaren Richtlinie von 2009) dienen der Markteinführung von umweltfreundlichen Energieformen und sollen nun mit dem Argument der CO<sub>2</sub>-freien Stromproduktion den Bau von neuen Atomkraftwerken in Europa unterstützen.

Die Umweltorganisation Global 2000 präsentierte **am Mittwoch, den 11. September 2013** eine an die EU-Kommission gerichtete Petition gegen die geplanten EU-Subventionen für Atomenergie und kooperiert dabei national und international mit Umweltschutz- und Anti-Atom-Bewegungen.



Landesrat Dr. Stephan Pernkopf (ÖVP) unterzeichnete diese Petition anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem oberösterreichischen Landesrat Rudi Anschöber (Die Grünen) und der burgenländischen Landesrätin Verena Dunst (SPÖ).

Niederösterreich nimmt die Bedrohung durch grenznahe Atomkraftwerke und geplante Endlager besonders ernst. Mit dem niederösterreichischen "Energiefahrplan 2030" zeigt das Land, dass der strukturierte Umstieg auf Erneuerbare Energie in allen Bereichen möglich ist und Sinn macht.

Die Einführung von ungerechtfertigten Subventionen, wie sie der Entwurf zum neuen EU-Beihilfenrecht für Energie und Umwelt 2014 bis 2020 für neu zu errichtende Atomkraftwerke auf EU-Ebene vorsieht, muss verhindert werden.

LR Dr. Stephan Pernkopf unterstützt daher diese internationale und parteienübergreifende Petition.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.my-voice.eu>